

Detmar Doering

## *Wieder die Gelegenheit nutzen lernen*

Die Lage der FDP grenzt schon an eine Tragödie. Während es selten eine politische Gesamtsituation gab, die so sehr nach liberalen Lösungen schreit, hat sich die FDP in eine Lage manövriert, die es ihr anscheinend unmöglich macht, aus dieser günstigen Gelegenheit Nutzen zu ziehen.

Wir sehen schließlich zurzeit, dass ...

- staatliche Wirtschaftsankurbelung kaum Arbeitsplätze mehrt, aber zukünftige Arbeitsmarkt- und Schuldenprobleme schafft
- eine Arbeitsmarktpolitik, die auf Anreize zur Aufnahme von Arbeit setzt (statt Verbleib im Sozialsystem als Lebensperspektive), Jobwunder vollbringen kann,
- eine expansive Geldpolitik, die vorgibt die Wirtschaft zu stimulieren, Blasen und Finanzkrisen auslöst, während stabilitätsorientierte Politik sich gerade in der Krise auszahlt,
- etatistische Rezepte bei der Krisenbekämpfung politische Tendenzen freisetzen, den Kontroll- und Überwachungsstaat auszubauen,
- eine Integrationspolitik, die Ausgrenzung durch Gleichgültigkeit betreibt, nicht funktioniert, und dass die Betonung des liberalen Rechtsgedankens, das eigentliche Fundament gelungener Integration ist,
- in den sozialen Sicherungssystemen eine demografische Zeitbombe tickt, die künftige Generationen ins Elend reißen könnte, was wiederum eine Neudefinition des Ver-

hältnisses von Bürger, Staat und Gesellschaft erfordert – und zwar im Sinne von mehr Freiheit und Eigenverantwortung.

Das sind nur wenige willkürlich herausgegriffene Großthemen, die zeigen, dass ein vermutlich für jedermann erkennbarer Bedarf an liberaler Politik besteht. Wer sonst sollte auf diese Fragen eine Antwort geben, wenn nicht die Liberalen?

Es werden wohl eine Menge handwerklicher Fehler in der praktischen Politik dabei eine Rolle gespielt haben, dass die FDP aus solchen Vorlagen keinen Gewinn zieht. Das grundsätzliche Problem ist wohl, dass die Botschaft der Liberalen und ihre Relevanz zurzeit vom Bürger nicht mehr wirklich wahrgenommen wird. Das neue Grundsatzprogramm, das Generalsekretär Christian Lindner plant, kann ein wesentlicher Beitrag dazu sein, diese Botschaft wieder zu vermitteln. Dazu muss es allerdings schon einige Voraussetzungen erfüllen.

### *Freiheit im Mittelpunkt*

Der zentrale identitätsstiftende Wert für die Liberalen ist die Freiheit. An sich ist diese Aussage trivial, aber gerade deswegen besteht auch die Gefahr, dass der Freiheitsbegriff selbst trivialisiert und beliebig wird. Eine Tendenz, am Freiheitsbegriff herumzulaborieren ist jedenfalls eindeutig auch in der FDP auszumachen. Als »positive« Freiheit soll sie Anspruchsrechte mit klassischen Freiheitsrechten versöhnen. Als

»qualitative« Freiheit soll sie Rahmenbedingungen der Freiheit und kollektive Werte mit Freiheit versöhnen. Die Gefahr besteht, dass Freiheit so ihre Funktion als klarer Standard, an dem Liberale eine Rechtsordnung bemessen, verliert. Dem Grund, warum man die Selbstbestimmung als Freiheitsrecht schützen soll, wird dann im Freiheitsbegriff gleich der Grund mitgeliefert, warum man es auf einmal nicht tun soll.

Weder positive Ansprüche, noch kollektive Werte, noch rechtliche Rahmenbedingungen mögen an sich etwas sein, das in einer liberalen Gesellschaft keinen Platz hat. Aber ihre Implementierung muss sich daran messen lassen, ob sie die Selbstbestimmung und Selbstverantwortung freier Menschen mehrt. Das kann man nicht, wenn man den Freiheitsbegriff bereits mit allem möglichen Wünschenswerten überfrachtet.

Freiheit, nunmehr als Abwesenheit von Zwang (außer zur Abwehr von Gewalt) definiert, ist letztlich das klassische Markenzeichen des Liberalismus. Das ist mehr als eine abstrakt-theoretische Aussage. Ein Programm, das eine identitätsentfaltende und -sichernde Kraft erhalten soll, kann nicht nur Werte aufzählen, sondern es muss aus einer erkennbaren Werteposition heraus Fragen adressieren, die mittel- oder langfristig für die Gesellschaft bedeutsam sind und die von der Partei und den Bürgern zugleich als besondere Herausforderungen begriffen und aufgegriffen werden.

Wenn man sich die großen politischen Herausforderungen für die Liberalen für die Zukunft – von der Schuldenproblematik über Arbeitsmarktpolitik und über den Schutz vor dem Überwachungsstaat hin zur Zukunft der sozialen Sicherung – vor Augen führt, dann sieht man, wie zentral die Frage nach

der Freiheit als Schutzrecht des Individuums werden wird. Fast alle wesentlichen großen Umwälzungen, die vor uns stehen, lassen sich wesentlich als Wegscheiden zwischen Bevormundung (mal sanfter, mal drastischer Natur) und Freiheit definieren. Freiheit ist die Kernfrage. Globalisierung, vernetzte Informationstechnologien, Supranationalität des Regierens – das alles sind die Kontexte, in denen sich die zuvor genannten Herausforderungen, die uns bevorstehen, entfalten werden, und es ist an uns, ihre enormen Freiheitspotentiale zu nutzen oder sie dem Gegner zu überlassen.

Dazu bedarf es Klarheit darüber, für welche Freiheit wir stehen.

### *Kohärenz herstellen*

Ja, die FDP regiert, und was sich in der Opposition gefahrlos verkünden lässt, kann in der Regierungsverantwortung nicht immer realisiert werden. Die Notwendigkeit, in Koalitionen Kompromisse einzugehen, wird deswegen gerne als Entschuldigung für allerlei Dinge verwendet. Aber das dürfte wohl kaum der Grund für das Absinken im öffentlichen Ansehen sein, denn diese Notwendigkeit wird ja jedermann irgendwie einsehen. Das Problem stellt sich erst, wenn der Bürger das berechtigte Gefühl hat, dass die Position, von der heraus Kompromisse gemacht werden, nicht ernst genommen oder ohne echten Überzeugungshintergrund eingenommen wurde. Wenn etwa eine Europapolitik der Zentralisierung (der immer und notwendig Umverteilung folgt) eindeutig die Grundlagen für eine marktwirtschaftliche Entwicklung zu unterminieren beginnt, wirkt ein gleichzeitiges Bekenntnis zur Marktwirtschaft wenig glaubwürdig. In dieser Lage

### *Wieder die Gelegenheit nutzen lernen*

---

erst wird notwendiger Kompromiss zum Glaubwürdigkeitsproblem.

Dabei handelt es sich keineswegs nur um ein Perzeptionsproblem. Kohärenz in der Politik (bei aller Notwendigkeit von Kompromissen) ist eine ganz und gar realpolitische Frage. Beispiel: Die völlig richtige Forderung nach Steuersenkung und -reform wurde als liberales Grundthema verspielt (ein Mega-Gau, der ungefähr so schlimm war, wie es für die Grünen die Zustimmung zum offensiven Ausbau der Kernenergie wäre), weil der Koalitionspartner ständig auf das Problem der Verschuldung aufmerksam machte. Neue Antworten in der Finanzpolitik und bei der Reform der Sozialsysteme (die demografische Zeitbombe, die unter der Marktwirtschaft tickt) wären das Gebot der Stunde gewesen. Stattdessen erging man sich in sozialem Populismus bei der Erhöhung des Kindergeldes. In solchen Fällen entsteht eben nicht nur ein Wahrnehmungsproblem, sondern eine reale Politikunfähigkeit. Man hat sich selbst das Bein gestellt, über das man stolperte.

Zumindest bei den großen Themen, bei denen die Interdependenz zwischen Politikfeldern offenkundig ist, dürfen sich Liberale nicht durch allzu viel Inkohärenz auszeichnen. An einigen Themenfeldern, die für die Programmdebatte besonders wichtig sein dürfen, lässt sich das aufzeigen.

Beispiel Bürgerrechte: Deren Gefährdung hat Dimensionen erreicht, die sie zunehmend auch für wirtschaftsliberale Kernwähler bedrohlich erscheinen lässt, die dieses Thema früher als belanglos abtaten. Die Aushebelung parlamentarisch-demokratischer Mitbestimmungsrechte verbunden mit der Internationalisierung von Sicherheitspolitik, ist beunruhigend.

Immer mehr Bereiche – vom »Krieg gegen den Terror« bis zur Aufweichung von Bankgeheimnissen – werden Gegenstand supranationaler Absprachen zwischen Administrationen, die sich so effektiver Kontrolle entziehen. Nicht nur ein Nachdenken über mehr Transparenz und Kompetenzbescheidung internationaler Institutionen wäre hier zur Sicherung von Bürgerrechten notwendig. Die marktfeindlichen und die bürgerrechtsfeindlichen Tendenzen des Überwachungsstaates überlappen sich in der heutigen Zeit immer mehr und verschmelzen zu einem Gesamtschreckensszenario. Aufgabe eines Grundsatzprogramms: Den vermeintlichen Widerspruch zwischen Wirtschafts- und Bürgerrechtsliberalismus auflösen und programmatische Kohärenz schaffen!

Beispiel Europapolitik. Hier wurde das Primat der Politik über die Ordnungspolitik anscheinend immer unkritisch hingenommen. Die Eurokrise zeigt aber, dass diese Strategie Europa langfristig Schaden zufügt – aber auch der FDP, die (zumindest subjektiv) aus »europapolitischen Zwängen« meint, sie dürfe etwa illiberale Versündigungen am Währungssystem fast unbegrenzt tolerieren. Die Europapolitik bedarf des Umdenkens. Integration darf kein Selbstzweck sein, sondern muss dem Vorbehalt konsequenten Wettbewerbsdenkens unterworfen werden. Die Eurokrise hat eines gezeigt: Die Idee eines Europas der verschiedenen Geschwindigkeiten ist der einzige Weg, den umverteilenden Megastaat, in den wir nun einzusteigen drohen, zu verhindern. Aufgabe eines Grundsatzprogramms: Den echten Widerspruch zwischen Zentralismus und Marktwirtschaft aufzeigen und programmatische Kohärenz schaffen!

Beispiel Klimapolitik: Dieses Thema lädt zu permanenten Notstands- und Weltret-

tungsszenarien ein. Politisierte Wissenschaft (auf allen Seiten) und ein Hang zur »Anmaßung von Wissen« dominieren die Debatte. Notstandsmentalitäten sind selten gut für die Freiheit, weil sie die Tendenz schaffen, rechtsstaatliche Verfahrensweisen und offene Reformprozesse zu unterminieren. Die Ökodiktatur hat zwar noch wenige Anhänger, aber im Kleinen beginnt die Bevormundung und die bedenkenlose Verschwendung von finanziellen Ressourcen (Stichwort: EEG-Subventionen) zu Gunsten von Interessenlobbys schon bedenkliche Ausmaße anzunehmen. Gleichzeitig setzt eine Fortschrittsfeindlichkeit ein, die wiederum sinnvolle Problemlösungsoptionen beeinträchtigt. Hier ist nicht nur ein Rückschrauben interventionistischer und subventionsorientierter Umweltpolitik gefragt. Es geht eben nicht nur um die technische Anwendung marktwirtschaftlicher Methoden. Vielmehr geht es um den Glauben an eine offene fortschrittliche Gesellschaftsordnung. Zu denken, dass es einige Maßnahmen gäbe, mit deren Hilfe man das Weltklima wie mit einem Thermostat »richtig« einstellen könne, wenn man nur weltweit genug Staatsmacht einsetzte, ist eine gefährliche Hybris. Eine offene Gesellschaft wird schrittweise abwägen, ob forcierte Präventionsplanung oder das Abwägen von Prävention und Folgenabmilderung richtig sind. Sie gründet sich auf das Vertrauen, dass die Problemlösungskompetenz immer schrittweise zunimmt, und darauf, dass Irrwege korrigierbar bleiben müssen. Ansonsten sind wir bald dabei, uns die zukünftigen wirtschaftlichen (wachstumsbedingten) Lösungsmöglichkeiten materiell zu verbauen. Aufgabe eines Grundsatzprogramms: Den vermeintlichen Widerspruch zwischen erfolgreicher Klimapolitik und einer offenen und

marktwirtschaftlichen Gesellschaftsordnung auflösen und programmatische Kohärenz schaffen!

---

### *Echte Ordnungspolitik*

---

Ein Grundsatzprogramm ist natürlich kein Patentrezept zur Lösung aller tagespolitischen Probleme der FDP. Aber es kann strukturelle Fehlentwicklungen bei der Ausrichtung korrigieren und Leitlinien schaffen, die die Glaubwürdigkeit wiederherstellen. Was dabei gebraucht wird, ist Ordnungspolitik in ihrem umfassenden (und nicht wirtschaftspolitisch verengten) Sinne, die zur Lösung der anstehenden großen Fragen der Politik genutzt werden kann. Das ist eine wagemutige und radikale Botschaft, wenngleich sie nicht völlig neu ist, weil sie ja zum eigentlichen Kernbestand liberaler Philosophie gehört (eine völlige »Neuerfindung« des Liberalismus wird auch nicht gebraucht). Aber sie ist eben auch eine Botschaft, die immer wieder allmählich (oder manchmal auch schnell) in der Tagespolitik, der dazu oft der lange Atem fehlt, in die Vergessenheit zu versinken droht.

Ein Grundsatzprogramm – so muss man es wünschen – soll so etwas wie eine Gebrauchsanweisung sein, wie man mit einem überzeugenden Hintergrund wieder lernen kann, die sich für die Liberalen in Fülle bietenden Gelegenheiten zum Erfolg nutzen zu können.

---

**Dr. Detmar Doering,**  
*Mitglied der Redaktion.*

---